

Resolution des Kreistages Ahrweiler vom 11.07.2003

für den Erhalt der schulpsychologischen Beratungsstelle im Kreis Ahrweiler

Die Landesregierung will die schulpsychologische Beratungsstelle in Bad Neuenahr-Ahrweiler auflösen und die Aufgaben auf ein Servicezentrum nach Mayen verlagern.

Der Kreistag des Landkreises Ahrweiler ist deswegen in großer Sorge um die eigentlich Betroffenen, um die Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern. Probleme mit schwierigen Schülern, die eine sozialpädagogische oder/und psychologische Betreuung benötigen, nehmen an allen Schulen zu. Eltern, Lehrer und Schulleitungen benötigen sachkundigen Rat und Hilfe. Hier ist eine Zentralisierung der falsche Weg.

Deshalb hält der Kreistag des Landkreises Ahrweiler nicht nur die Beibehaltung der schulpsychologischen Beratungsstelle im Kreis Ahrweiler für erforderlich. Vielmehr vertritt er die Auffassung, dass die Beratungsstelle sogar noch weiter ausgebaut und verstärkt werden muss.

Die Schließung der schulpsychologischen Beratungsstelle würde erhöhten Aufwand und Beeinträchtigungen sowohl auf Seiten des Personals als auch auf Seiten der Betroffenen bedeuten. Bei den betroffenen Eltern und Schülern sind neue Hürden und Hemmnisse zu befürchten, weil die gerade im ländlichen Raum so wichtige ortsnahe schulpsychologische Versorgung im Kreis gekappt würde.

Vor diesem Hintergrund darf diese wichtige Einrichtung, die mehr als 18.000 Schülerinnen und Schüler betreut, nicht aus dem Kreis Ahrweiler abgezogen werden.

Deshalb fordert der Kreistag des Landkreises Ahrweiler die Landesregierung auf, sich für den Erhalt der schulpsychologischen Beratungsstelle im Kreis Ahrweiler und für den weiteren Ausbau der Einrichtung einzusetzen.